

01.01.1959 – Sieg der Revolution Kubas über das reaktionäre Batista-Regime

15.01.1919 – Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
(Abfahrtszeit des Busses zur Ehrung in Berlin in dieser Ausgabe)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

22. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

18. Dezember 2012

Auch 2013 bringt Herausforderungen mit sich, denen wir uns stellen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das zu Ende gehende Jahr 2012 war für DIE LINKE kein leichtes. Verlorene Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, die nicht erfolgreiche Oberbürgermeisterwahl in Halle und der Bundesparteitag in Göttingen, in dessen Vorfeld sich unsere Partei fast entzweite.

Doch es gab auch DIE LINKE nach Göttingen, mit neuem Parteivorstand und der Erkenntnis, dass Meinungsverschiedenheiten kulturvoll ausgetragen werden müssen haben wir uns unserer eigentlichen Aufgabe wieder zugewendet. Zurück zur Politik, auch das war 2012.

Das ist der Grund, weshalb ich optimistisch ins kommende Jahr blicke. Auch 2013 bringt Herausforderungen mit sich, denen wir uns stellen müssen. Die Vorbereitung der Bundestagswahl am 22. September steht dabei im Mittelpunkt, aber auch die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 in Halle steht an. Wir wollen das beste Wahlprogramm aller Parteien auf dem Bundesparteitag im Juni verabschieden, auf dem Weg dahin, lasst uns auch als Stadtverband dazu einen Beitrag leisten, bringt Euch in die Wahlprogrammdiskussion bitte ein.

Doch die besten Programme nutzen nichts, wenn sie nicht bekannt sind. Und bekannt werden sie nicht, in dem wir sie drucken und in Briefkästen stecken, sondern dadurch, dass wir als LINKE für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar bleiben. Wir müssen mit den Hallenserinnen und Hallensern ins Gespräch kom-

men, ihnen sagen wofür DIE LINKE steht und warum unsere Ziele für sie interessant sind.

Dazu müssen wir uns noch stärker dorthin begeben wo die Probleme sind, dorthin wo wir mit Menschen ins Gespräch kommen. Ein neues Jahr beginnt mit Neujahrsempfängen, dort redet man bei Sekt und Häppchen über Menschen. Lasst es uns anders machen, reden wir nicht über, sondern mit Menschen. DIE LINKE Halle lädt 2013 zum ersten Mal zu einem alternativen Neujahrsempfang. Am 21. Januar wollen wir ab 10:00 Uhr vor dem Jobcenter in Halle-Neustadt mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, dazu lade ich Euch herzlich ein.

Für das zu Ende gehende Jahr, möchte ich Euch Danke sagen. Danke dass Ihr unsere Partei unterstützt habt. Unterstützt mit Eurer Teilnahme an unseren Veranstaltungen, mit Euren Hinweisen, Ratschlägen und Kritiken. Danke auch für Eure Beiträge, ohne die die Arbeit des Stadtverbandes so nicht möglich wäre. Und ganz persönlich, Danke für Eure Unterstützung im Oberbürgermeisterwahlkampf.

Ich wünsche Euch und Euren Familien angenehme Feiertage und für das kommende Jahr Gesundheit und Kraft für die anstehenden Aufgaben. Ich freue mich auf ein Wiedersehen vielleicht beim Stammtisch am 9. Januar, bei der Liebknecht/Luxemburg-Ehrung am 13. Januar, beim alternativen Neujahrsempfang am 21. Januar oder bei einer der vielen Veranstaltungen unseres Stadtverbandes im Jahr 2013.

Sven Knöchel

Nachlese 6. Stadtparteitag am 01.12.2012

(mb) Anliegen des Stadtparteitages, der erstmalig als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt wurde, war es in erster Linie, uns auf den Bundestagswahlkampf 2013 einzustimmen sowie die Delegierten für die Landesparteitage 2013/2014 zu wählen sowie die Vertreterinnen und Vertreter zur Versammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl. Die Ergebnisse zu diesen Wahlen findet ihr in dieser Ausgabe des Linken Blattes. Ebenfalls veröffentlichen wir den Beschluss „Stadt neu denken“, welcher die inhaltliche Ausrichtung unseres Stadtverbandes zur Bundestagswahl, aber auch bereits schon vorrausschauend zur Kommunalwahl 2014 beinhaltet. Der Beschluss fand eine große Mehrheit auf dem Parteitag.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Köck bat gegen Ende der Gesamtmitgliederversammlung schließlich Genossinnen oder Genossen um Mithilfe.

Er sei auf der Suche nach einem ganz bestimmten MDR-Beitrag im Fernsehen über das Truppenübungsgelände in der Altmark. Ad hoc konnte niemand helfen. Nach intensiver Suche im Internet wurde er schließlich doch noch fündig. Hier nun der Auszug, auf den es ankam ...

MDR: sachsen-anhalt-heute am 20.06.2012

Bericht von Annette Schneider-Salis: Bundeswehr baut Übungstadt in der Heide (Truppenübungsgelände Altmark)

Auszug: Oberst Sladeczek: „Wenn Sie das nächste Mal durch Magdeburg gehen, versetzen sie sich



bitte einmal in die Lage eines Panzergrenadier-Zugführers, der mit vier Schützenpanzern Marder egal welchen Auftrag zu erfüllen hat. Unter sich Kanalisation, vor sich enge Straßen, links und rechts Gebäude mit vielen Stockwerken, schwer zu übersehen. Mit ganz vielen Möglichkeiten eines Gegners in Stellung zu gehen, Sprengfallen zu legen.“

Das kann und will ich mir nicht vorstellen! Und in der Landeshauptstadt für Schützenpanzer zu lösende Aufgaben sehe ich erst recht nicht!

Der Landtagsabgeordnete Dr. Köck bittet Genossinnen oder Genossen, die den zitierten MDR-Beitrag im Fernsehen gesehen haben und ihn eventuell sogar mitgeschnitten haben, sich bei ihm zu

melden. Telefon: 0345 2941863
Fax: 0345 2941864

E-Mail: uwe.koeck@ewt-net.de
Der Stadtverband befassete sich in seiner Sitzung vom 05.12.2012 ebenfalls mit der Auswertung des Stadtparteitages. Fazit der umfangreichen Diskussion war z.B., dass die Mitglieder des Stadtverbandes stärker in die Diskussion einbezogen werden sollten, Anträge zeitiger den Mitgliedern vorgelegt werden müssen, um eine basisdemokratische Auseinandersetzung gewährleisten zu können. Technisch-organisatorisch ist sicher auch noch das eine oder andere verbesserungswürdig. Insgesamt schätzte der Stadtverband ein, dass die Form der Gesamtmitgliederversammlung beibehalten werden soll.



Erklärung der Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen und der Fraktionen der Kreisfreien Städte der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt zum neuen Kinderförderungsgesetz

Am 30. November und 1. Dezember 2012 tagte die Kreistagsfraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN in Ballenstedt. Zur geplanten Novellierung des Kinderförderungsgesetzes erklärt die Konferenz der kommunalen Fraktionsvorsitzenden:

„Die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN begrüßen die Rückkehr zum Ganztagsanspruch für alle Kinder nach nunmehr fast 10 Jahren. Dies ist sozial- und bildungspolitisch ein überfälliger Schritt, für den DIE LINKE von Anfang an gekämpft hat.

Allerdings werden mit dem geplanten Gesetz mehr Fragen aufgeworfen, als Probleme gelöst. Die angekündigte Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Tageseinrichtungen bleibt hinter den Versprechungen zurück. Mit einer Verbesserung der Personalschlüssel allein ist es nicht getan. Die notwendigen Stunden für mittelbare pädagogische Tätigkeiten (Vor- und Nachbereitungszeiten) sind von

CDU und SPD gestrichen worden. Dies führt nicht zu einer Entlastung der Erzieherinnen und Erzieher.

Extreme Unsicherheiten werden sich in der Umsetzung des neuen Gesetzes zeigen - dies belegen die Reaktionen der kommunalen Familie schon jetzt. Was bedeutet ein Ganztagsanspruch von bis zu 10 Stunden? Werden die Einrichtungsträger und Jugendämter Eltern dazu drängen, weniger in Anspruch zu nehmen? Fraglich ist auch, ob die vom Land geplanten Mehrausgaben in Höhe von 57 Mio. Euro tatsächlich kostendeckend sein werden.

Substantielle Probleme sieht DIE LINKE in der Übertragung der

Leistungsverpflichtung auf die Ebene der Landkreise und Kreisfreien Städte. Den Gemeinden wird zukünftig der Gestaltungsspielraum über die Kinderbetreuung vor Ort genommen. Wir sprechen uns gegen diese Entmündigung aus. Eine Folge wird sein, dass sich die Gemeinden stärker aus der Kinderbetreuung zurückziehen werden. Dies hat das Risiko zu Folge, dass eine Tarifflicht aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) stattfinden wird – eine weitere Prekarisierung der Arbeitseinkommen im Bereich der Kinderbetreuung wäre die Folge. So werden sich dringend benötigte Fachkräfte nicht gewinnen lassen.“
Dr. Thomas Drzisga

6. Stadtparteitag am 01.12.2012, die Ergebnisse zu den Wahlen

Delegierte Landesparteitage 2013/2014 (Weiblich)

Name/Stimmen
Marianne Böttcher 110
Ute Haupt 111
Renate Krimmling 91
Marion Krischok 112
Henriette Quade 93
Christine Radig 74
Lydia Roloff 70
Als Nachrückerinnen (Ersatzdelegierte) wurden Heike Deuerling-Kalsow und Melanie Heyner gewählt.

Delegierte Landesparteitage 2013/2014 (männlich)

Name/Stimmen
Achim Bittrich 101

Ralf Böttcher 88

Dirk Gernhardt 83

Ants Kiel 84

Swen Knöchel 113

Hendrik Lange 95

René Trömel 95

Als Nachrücker (Ersatzdelegierte) wurden Marcel Kieslich und Ferdinand Lorenz gewählt.

Vertreterinnen zur Versammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl

Name /Stimmen
Marianne Böttcher 103
Ute Haupt 105
Melanie Heyner 76

Renate Krimmling 87

Marion Krischok 103

Elisabeth Nagel 73

Henriette Quade 78

Als Nachrückerinnen sind Heike Deuerling-Kalsow, Lydia Roloff und Katja Müller gewählt.

Vertreter zur Versammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl

Name/Stimmen
Ralf Böttcher 111
Dirk Gernhardt 112
Ants Kiel 107
Marcel Kieslich 107
Swen Knöchel 117
Hendrik Lange 108
René Trömel 113

Aus der Stadtratssitzung vom 12.12.2012

Es war ungewöhnlich voll im Zuschauerraum, als die Sitzung des Stadtrates eröffnet wurde. Nun ja, ein neuer Oberbürgermeister wird nun mal nicht so oft vereidigt!

Aber auch mehr als sonst üblich wurden Bürgeranfragen gestellt! Das Hauptthema der Bürgeranfragen bezog sich auf die geplante Umgestaltung des ehemaligen Regierungspräsidiums im Paulusviertel. Die HWG plant, dieses Gebäude in einen „Wohnpark“ umzubauen. Dagegen wehrt sich eine Bürgerinitiative, u.a. auch mit Anfragen im Stadtrat. Aber auch Anfragen zur Singschule und zur Parkordnung der Stadt Halle standen auf der Tagesordnung.

Nach der Vereidigung des neuen Oberbürgermeisters betonte Herr Dr. Wiegand, dass er bereits eine Verwaltungsstrukturreform und einen Kassensturz auf den Weg gebracht habe. Er wolle erreichen, dass die Stadt selbstbewusst, vital und leistungsstark werde. Dem Stadtrat lag zu dieser Zeit bereits der Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 vor! Er wird im neuen Jahr sofort in den Ausschüssen diskutiert werden. Er ist im Entwurf ausgeglichen. Ansätze zum Sparen sollen bei den Kita-Kosten, Kosten der Unterkunft, im Straßen- und Tiefbauamt sowie bei Personalkosten angesetzt sein. Wir werden jetzt die Möglichkeit des „Durchforstens“ des Haushaltes haben.

In der Februarsitzung des nächsten Jahres soll der Haushalt bereits beschlossen werden, um u.a. Vereinen und Verbänden Sicherheit zu geben und Fördermittel beantragen zu können. Herr Dr. Wiegand gab auch bekannt, dass es in der Mitte des Jahres ggf. einen Nachtragshaushalt geben könnte.

Ohne größere Diskussionen wurden dann Vorlagen wie z.B. eine Übersicht über regelmäßige Berichterstattungen im Stadtrat und den Fachausschüssen beschlossen. Auch die Aufstellung eines Kreuzsteines, der an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei erinnert, wurde auf den Weg gebracht.

Lange zog sich die Diskussion zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle hin. Unsere Fraktion hatte allein 10 Änderungsanträge eingebracht, von denen auch etliche (nicht alle!) angenommen wurden. Das veranlasste uns dann auch letztlich dazu, diesem im Gesamtpaket zuzustimmen. Wir konnten u.a. erreichen, mit unseren Änderungsanträgen erreichen, dass die HAVAG-Mitarbeiter mit einem entsprechenden Tarifvertrag in den TVN-LSA übernommen werden, dass Bahnen nicht zu früh von Haltestellen abfahren dürfen oder auch, dass Subunternehmen Tariflohn zahlen müssen. Wir hatten – auch Dank Uwe Heft – diese Anträge gut vorbereitet und durch verschiedene Stadträte eingebracht. Ich denke, es war eine sehr gute Arbeitsteilung!

Die Kleingartenkonzeption wurde nicht beschlossen, sondern wurde noch einmal in die Ausschüsse verwiesen. Der Grund war, dass besorgte Kleingärtner aus Pachtanlagen sich an Fraktionen mit Sorgen gewandt haben. Eine Abstimmung mit dem Dachverband zur Perspektive der Kleingärten reich hier wahrscheinlich nicht aus.

Auch die Schulentwicklungsplanung wurde mit zahlreichen Diskussionen beschlossen. Die Glauchaschule soll im nächsten Jahr wieder eröffnet werden, weil die Plätze in der südlichen Innenstadt

dringend notwendig seien. Die Gymnasien Südstadt und „Christian Wolff“ werden auf eine 5-Zügigkeit erweitert. Mit dem Beschluss der Prioritätenliste von Investitionen an Schulen und Horten soll an erster Stelle die Sekundarschule Kastanienallee und die Auenschule „verbessert“ werden.

In der Kastanienallee in Halle-Neustadt soll die erste kommunale Gemeinschaftsschule entstehen, dafür wurden entsprechende finanzielle Mittel bestätigt.

Oberbürgermeisterin a. D. Frau Szabados hatte noch zwei Widersprüche zu Beschlüssen der Stadtratssitzung November eingebracht. Die Mehrheit des Stadtrates hatte sich dafür ausgesprochen, die Abführungen der Unternehmen GWG und HWG an die Stadt Halle auf mehrere Jahre zu splitten und nicht auf ein Jahr zu begrenzen. Auch bei dieser Abstimmung fand sich eine Mehrheit, der Widerspruch fand keine Mehrheit.

Lange Diskussionen gab es um einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Wohnpark im Paulusviertel (ehemaliges Landespräsidium).

Nach einer hitzigen Debatte wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Auch wir stimmten nicht zu, weil wir durch die Aufstellung des Planes unnötige Verzögerungen sehen und es andere Mittel der Bürgerbeteiligung gäbe.

Unter Mitteilungen wurde durch den neuen Oberbürgermeister mitgeteilt, dass es am 13. Januar 2013 anstatt Neujahrsempfang einen Tag der offenen Tür im Rathaus wird.

Ute Haupt, Stadträtin

Wenn die Lichter wieder brennen

Als die schweren Jahre waren,
jede Stunde voll Gefahren,
und der Bunker wurde uns zum Hauptquartier,
wenn du dann nach Angst und Beben
wieder rauskamst mit dem Leben,
schwurst du da nicht unter Tränen dir und mir:

Wenn die Lichter wieder brennen,
und wir wieder lachen können,
und die Erde nicht von Kriegsgeschrei mehr gellt,
dann hat unsre Not ein Ende
und wir regen Herz und Hände
für den Frieden, für den Frieden in der Welt.

Schau, du bist ja noch zerschunden
kaum vernarbt sind deine Wunden,
und schon wieder fühlt die Seele neue Last
Wieder hetzen sie zu Kriegen
lässt du wieder dich betrügen
Hast vergessen, was du dir geschworen hast.

Wenn die Lichter wieder brennen,
und wir wieder lachen können,
und die Erde nicht von Kriegsgeschrei mehr gellt,
dann hat unsre Not ein Ende
und wir regen Herz und Hände
für den Frieden, für den Frieden in der Welt.

Denk an gestern und sei klüger
und entlarv die Volksbetrüger
eh der Krieg dich wieder einmal Überrannt.
Lass sie nimmer sich erheben
deine Fahne sei das Leben
schlag dem Tod sein Bombenspielzeug aus der Hand.

Weil die Lichter wieder brennen,
und wir wieder lachen können,
und die Erde nicht von Kriegsgeschrei mehr gellt
Sei ein Riese – stopf den Gnomen,
die da drohen mit Atomen
ihre Mäuler
dann ist Frieden in der Welt.

Text: Louis Fürnberg
Musik: Louis Fürnberg

Zitiert nach Ernst Busch: Echo von links. Lieder von Louis Fürnberg. Aurora 5 80
005. Hrsg. 1964, Nachaufl. 1968, 1974, 1976.

**Die Redaktion des Linken Blattes wünscht allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2013.**

**Am 12. und 19. Januar 2013 gegen Menschenverachtung und
Geschichtsfälschung protestieren:**

Kein Tag für Nazis!

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ruft zu Protesten gegen die geplanten Naziaktivitäten am 12. und am 19. Januar 2013 auf. Im letzten Kriegsjahr, am 16. Januar 1945, wurde Magdeburg durch alliierte Bombenangriffe schwer zerstört. Neonazis versuchen immer wieder, diese historischen Ereignisse für sich zu vereinnahmen. Ihre Aufmärsche sind der Versuch, das Terrorregime der Nationalsozialisten zu relativieren sowie einer Täter-Opfer-Umkehr. Diese Geschichtsklitterung ist für die Neonazis auch von gegenwärtiger Bedeutung, zu solchen Anlässen bieten sie sich als Identifikationsangebot für alle ewig Gestrigen an, - viel mehr aber geht es um Straßenpräsenz und das Aufzeigen vermeintlicher Ordnungsmacht im Hier und Heute. Magdeburg ist eine Schwerpunktregion rechter Gewalt. In der Stadt haben zwischen 1992 und 2008 drei junge Männer durch brutale Naziangriffe ihr Leben verloren. Rassistische und chauvinistische Beleidigungen und Übergriffe gehören, wie in vielen anderen Kommunen, auch hier zur Tagesordnung. Wir wollen keine weiteren Bedrohungen, keine Aufstachelung zu Hass und Gewalt und keine revisionistischen Spektakel. Wir dulden keine rechten Inszenierungen. Weder in Magdeburg, noch anderswo!

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ruft zu Protesten an beiden Tagen in Magdeburg auf. Am 12. Januar wird die Meile der Demokratie Anlaufpunkt für Protest und weitere Aktionsformen sein. Wir wollen auf der Meile für eine Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle einstehen und gemeinsam mit vielen anderen AkteurInnen unsere Arbeit für Demokratie und Teilhabe bekräftigen. Es gilt die Selbstinszenierung und den Eventcharakter der Naziaufmärsche zu stören. Wir wollen die Aktivitäten der Neonazis gewaltfrei und breit getragen ver- und behindern, wir rufen auf, sich am 12. und 19. Januar 2013 an den Protesten und Blockaden zu beteiligen.

Magdeburg, 12.12.2012

Stadtvorstand DIE LINKE. Magdeburg

Stadtratsfraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Magdeburg

Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

Linksjugend [‘solid]

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

Dr. Rosemarie Hein, MdB

Eva von Angern, MdL

Informationen und Aktualisierungen:

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist Akteurin im Bündnis gegen Rechts Magdeburg (BgR).

Wir verweisen auf die Informationen der Kampagnenseiten des BgR und anderer AkteurInnen zu diesen beiden Tagen. BgR Magdeburg

Überblicksinformationen:

Gesicht zeigen! Für ein demokratisches und weltoffenes Magdeburg!

<http://bgrmagdeburg.wordpress.com/>

Jugendverband/Linke Jugend- und Hochschulgruppe Magdeburg:

Gekonnt sitzen - warum und wie sind Sitzblockaden legitim?

<http://linke-jugend-md.blogspot.de/>

Bündnis Nazifrei Magdeburg – Blockadeaufruf:

Naziuffmarsch in Machdeburgh – ham wa echt keen Bock druff!

<http://magdeburg-nazifrei.com/>

Die ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V. lädt ein zu einer Buchvorstellung mit anschließender Diskussion mit dem Autor

**Am 29.01.2013 stellt Holger Politt das Buch vor:
Rosa Luxemburg. Nationalitätenfrage und Autonomie**

Die 1905 im Russischen Reich ausgebrochene Revolution verschärfte die Nationalitätenkonflikte im östlichen Europa und im Kaukasus. Die meisten europäischen Sozialdemokraten hatten darauf nur ungenügende Antworten und zeigten sich überrascht über die Vehemenz, mit der die Debatten vor allem innerhalb der Arbeiterbewegung in Rußland nun geführt wurden. Rosa Luxemburg nutzte einen Streit, den sie mit Lenin hartnäckig auszufeuchten suchte, um ihre Ansichten zur Nationalitätenfrage in systematischer Form zu veröffentlichen.

Mit der für ein polnisches Publikum in den Jahren 1908 und 1909 verfaßten Arbeit „Nationalitätenfrage und Autonomie“ – die hier erstmals vollständig auf Deutsch vorgelegt wird – zielte Rosa Luxemburg auf ein positives Nationalitätenkonzept. Eine Überraschung, die dieser Band erhält, ist Rosa Luxemburgs tiefes analytisches Verständnis des geschichtlichen Platzes der bürgerlichen Gesellschaft. Sie war der Überzeugung, dass die bürgerliche Gesellschaft zivilisatorische Fortschritte und Freiheiten entbindet, die für den Sozialismus eine unabdingbare Voraussetzung sind und nicht rückgängig gemacht werden dürfen. Da es sich hierbei um den zentralen Punkt ihrer bis heute umstrittenen Arbeit „Zur russischen Revolution“ (1918) handelt, bietet „Nationalitätenfrage und Autonomie“ zugleich wichtige Einsichten in Rosa Luxemburgs Verständnis des Zusammenhangs von Demokratie, bürgerlicher Gesellschaft und Sozialismus.

Veranstaltungsort: Buch- und Kunsthaus Cornelius

06108 Halle, Gr. Steinstr. 78

Beginn: 18:30 Uhr

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT :RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16, 06108 Halle, TEL/Fax: 0345-2025594

email: gs-halle@rosaluxsa.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

für den Sachsen-Anhalt-Monitor sind im Juli 2012

1.250 Menschen in Sachsen-Anhalt befragt worden.

Gibt es Genossinnen und Genossen, die angerufen

wurden und zum Interview Auskunft geben können?

Für eine Rückmeldung wären wir sehr dankbar!

Mit freundlichen Grüßen

Monika Krüger

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Landesgeschäftsstelle

Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Telefon: 0391/7324840, Fax: 0391/7324848

Mail: lgst@dielinke-lsa.de

www.dielinke-lsa.de

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

13.12.2012

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 10.01.2013